

Union und SPD spielen Hase und Igel in der Familienpolitik

Union und SPD haben einen Wettlauf der vollmundigen Versprechen in der Familienpolitik eröffnet. Doch mit wohlfeilen Worten ist den Familien mit Kindern nicht gedient. Wenn Familienministerin von der Leyen von den Kommunen fordert, die Kinderbetreuung in Kitas künftig in der Tendenz gebührenfrei anzubieten, ist das nur dann kein Muster ohne Wert, wenn die Ministerin auch gleich noch klarmachen würde, wie die Kommunen das finanzieren sollen.

Doch dabei sollen Länder und Kommunen anscheinend allein gelassen werden. Stets wird – wie auch im Koalitionsvertrag – darauf hingewiesen, dass Länder und Kommunen durch die Hartz IV-Reform um 2,5 Milliarden Euro entlastet würden. Davon sollen 1,5 Milliarden Euro in den Ausbau der Kindertagesbetreuung fließen.

Doch es zeichnet sich schon lange ab: Hartz IV bringt keine finanzielle Entlastung für die Kommunen. Vor allem in Ostdeutschland kostete die Landkreise und Optionskommunen die Betreuung von Langzeitarbeitslosen im letzten Jahr mindestens genauso viel wie im Jahr 2004. Hier also

Anträge auf Unterstützung wieder möglich

Einer guten Tradition folgend hat die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag erneut einen Spendenfonds eingerichtet, der in erster Linie von den regelmäßigen monatlichen Überweisungen aller 54 Abgeordneten der Linksfraktion lebt. Aus dem Fonds wird vor allem Projekten, die wenig oder keine staatliche Unterstützung bekommen, insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit, unter die Arme gegriffen. Über die Vergabe der Gelder entscheidet ein unabhängiges Spendengremium der Linksfraktion.

Formlose Anträge auf Unterstützung können ab sofort in den Wahlkreisbüros der Bundestagsabgeordneten Dagmar Enkelmann (Berliner Straße 17, 16321 Bernau oder Wallstraße 8, 15344 Strausberg) abgegeben bzw. an diese gesandt werden.

die Förderung aufzustellen, Länder und Kommunen sollten die Kita-Gebühren abschaffen, ohne als Bundesregierung selbst finanzielle Verantwortung zu übernehmen, ist zynisch.

Die SPD will nun die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten vom ersten Euro an durchsetzen. Das würde zwar die verfassungsrechtliche Fragwürdigkeit der Genshagener Vorschläge korrigieren, aber gerade nicht die soziale Schieflage für Alleinerziehende und Geringverdiener. Wer soziale Gerechtigkeit im Herzen trägt, kann keine Familienpolitik über steuerliche Absetzbarkeit gestalten, denn den Kindern von einkommensschwachen Eltern, die nur wenig oder gar keine Steuern abführen, wird so nicht geholfen.

Was in Deutschland gebraucht wird, ist ein garantierter Rechtsanspruch für alle Kinder von Geburt an und unabhängig vom Einkommen der Eltern sowie eine solide Finanzierung durch den Bund in Absprache mit Ländern und Kommunen. Von leeren Versprechen und unsozialen Regelungen haben viele Familien jedenfalls gar nichts.

Diana Golze

DIE LINKE.



Besuchen Sie uns doch einfach
im Internet unter
www.linkspartei-pds-stadt-brb.de/

Gemeinsam für ein soziales Europa - die Dienstleistungsrichtlinie muss gestoppt werden!

Aufruf zur Teilnahme an den Protesten gegen die geplante (Bolkestein-) Dienstleistungsrichtlinie am 11. Februar in Berlin und Straßburg und am 14. Februar in Straßburg

Die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie zielt auf die Liberalisierung nahezu aller Dienstleistungen, die in der Europäischen Union erbracht werden. Damit geht der Generalangriff auf Sozialstandards, Tariflöhne, Arbeitsschutz, ökologische und Verbraucherstandards und die Daseinsvorsorge in die entscheidende Phase.

Eine Grundsäule der europäischen Einigung ist das europäische Sozialmodell.

Mit ihrer Politik zerstört die EU-Kommission den europäischen Zusammenhalt. Die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie degradiert Menschen in Europa zu Konkurrenten um jeden Preis. Neben dem Sozialabbau befördert diese Politik Nationalismus und Rechtsextremismus.

Wir fordern die Abgeordneten im Europäischen Parlament auf, die Richtlinie am 15. Februar abzulehnen!

Auch ohne Zustimmung der Europäischen Regierung kann sie nicht durchgesetzt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Richtlinie im Europäischen Rat zu stoppen!

Wir rufen Sie alle auf, mit uns, den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen an den Demonstrationen gegen die Richtlinie teilzunehmen! Am 11. Februar vor dem Wirtschaftsministerium in Berlin oder in Straßburg. Am 14. Februar, parallel zur Beratung des Europäischen Parlamentes, in Straßburg.

Lothar Bisky, Oskar Lafontaine, Axel Troost (Linkspartei.PDS, Fraktion DIE LINKE, WASG)



Von Arbeit
muss man
leben
können!

Stoppt
Bolkestein!

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG